



## BRIEF AUS BERLIN – NR. 02/2017

### Inhalt

#### Vorwort

#### Aus dem Bundestag

- + Klausur der SPD-Bundestagsfraktion
- + Lohn-Gerechtigkeit rückt näher
- + Entwicklung ländlicher Räume
- + Gescheitertes NPD-Verbot
- + AfD und Geschichtsrevisionismus
- + Gedenkstunde für Opfer von Berlin
- + Maßnahmen gegen Gefährder
- + 13. Sportbericht der Bundesregierung
- + Änderung des Vereinsgesetzes
- + Arbeitsprogramm EU-Kommission
- + Antrag Friedens- und Konfliktforschung
- + Gespräch mit „Africa Department“ des IMF
- + Parlamentarischer Abend Schienenverkehr
- + Gesprächstermin zu „Connected Cars“
- + Netzwerkabend zu USA unter Trump
- + Besuchergruppe aus Hadamar in Berlin

#### Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen
- + Termine

### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

der Bundestagswahlkampf wirft bereits seine Schatten voraus, aber bis dahin wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten noch Einiges im Bundestag bewegen. Den Auftakt des Berliner Politikbetriebs im Jahr 2017 bildete die Klausur der SPD-Bundestagsfraktion auf der unter anderem Beschlüsse zu gebührenfreien KITAS, zu mehr Zeit für Eltern mit ihren Kindern durch ein Familiengeld, zur Abschaffung der Abgeltungssteuer und zur Nichtabsetzbarkeit von hohen Boni-Zahlungen gefasst wurden. Der ebenfalls diese Woche vorgelegte Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit von SPD-Ministerin Manuela Schwesig soll Frauen gleiches Gehalt wie Männern ermöglichen. Das haben sie verdient und ist nur gerecht. Vor allem der letzte Punkt soll ein Signal für mehr Gerechtigkeit sein, die wir mit sozialdemokratischer Politik vor und nach der Wahl als zentrales

Element für den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken wollen. Neben Gerechtigkeitsfragen beschäftigt uns auch die Sicherheitslage. Mit den vom SPD-Justizministerium angeregten Maßnahmen gegen Gefährder reagiert die Bundesregierung auf die Entwicklungen der vergangenen Wochen und Monate. Denn nur in einer sicheren Gesellschaft kann soziale Gerechtigkeit wachsen – und umgekehrt.

Das Bundesverfassungsgericht konnte sich nicht zu einem NPD-Verbot durchringen. Trotz des Nicht-Verbots bleiben die Nationalisten gefährlich. Jetzt sind alle demokratischen Kräfte aufgerufen, dass Rechte und Nationalkonservative Deutschland nicht in dunkle Zeiten zurückführen. Den reflektierten Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte und die daraus entstandene, weltweit einzigartige, deutsche Gedenkkultur hat der Hetzredner von Dresden bewusst schlecht geredet. Es wird klarer, wo Teile der AfD Deutschland hinführen wollen. Das werden wir Sozialdemokraten jedoch nicht zulassen!

Der 13. Sportbericht der Bundesregierung stellt Spitzenförderung, aber auch die Verbindung von Schule, Ausbildung und Sport in den Mittelpunkt. Des Weiteren soll das reformierte Vereinsgesetz dem organisierten Verbrechen – hier in Form der Rockerclubs – die strukturelle Grundlage entziehen.

Interessante Gespräche führte ich diese Woche mit dem stellvertretenden Direktor des Afrikadepartments des Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Entwicklungsperspektiven des afrikanischen Kontinents sowie mit Gründern eines Start Ups der R+V Versicherung Wiesbaden, die einen elektrischen und vollautonomen Bus im Wiesbadener Kurpark etablieren wollen. Fragen der Mobilität wurden auch beim parlamentarischen Abend Schienenverkehr diskutiert. Im Mittelpunkt standen hier das Verbot lauter Güterzüge und der dazugehörige Drei-Punkte-Plan „Leise Schiene“.

Passend zur beginnenden Präsidentschaft Donald Trumps war die Journalistin Melissa Eddy von der *New York Times* zu Gast beim Netzwerkabend. Aus der weiten Welt in die Heimat wurde es wiederum heimatlich-hessisch beim Besuch des SPD-Ortsvereins Elz im Deutschen Bundestag.

Ich wünsche Ihnen und euch ein schönes Wochenende und eine angenehme Lektüre.



Martin Rabanus, MdB

## Jahresauftaktklausur im Zeichen von Gerechtigkeit und Sicherheit



Ein handlungsfähiger Staat, der verlässlich für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit sorgt – das war zentrales Thema der turnusmäßigen Jahresauftaktklausur der SPD-Bundestagsfraktion. Zwei Tage lang ist die SPD-Fraktion auf der Klausurtagung zusammengekommen, um politische Vorhaben zu beraten und diese in konkreten Beschlüsse zu besiegeln.

Vor uns liegt ein Jahr, das entscheidende Weichen für die Zukunft unseres Landes stellt. Gemeinsam mit unseren sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern wird die SPD-Bundestagsfraktion 2017 weiter treibende Kraft für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit in unserem Land sein. Viel haben wir bereits erreicht: den Mindestlohn und bessere Renten, mehr BAföG, Kindergeld, Kitaplätze und Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Dabei bleiben wir aber nicht stehen: Bis zum Herbst haben wir noch viel vor. Unser Ziel ist ein handlungsfähiger Staat, der für Gerechtigkeit und Sicherheit sorgt. Ein Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger vor den Unwägbarkeiten des Lebens genauso schützt wie vor Kriminalität und Terror.

### **Gute Zeiten für Familien**

Mit einer Familienarbeitszeit und einem ergänzenden Familiengeld wollen wir eine

bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile erreichen. Ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern sowie eine schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren sollen beste Start- und Bildungschancen für alle Kinder ermöglichen. Zudem planen wir einen Familientarif im Steuerrecht, der Kinder, unabhängig von der Lebensform der Eltern, berücksichtigt. Ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld soll die finanzielle Ausstattung gerade von ärmeren Familien deutlich verbessern. Für Alleinerziehende werden wir den bereits beschlossenen Ausbau des Unterhaltsvorschlusses umsetzen.

### **Recht auf befristete Teilzeit umsetzen – Rückkehrrecht auf befristete Vollzeit ermöglichen**

Um für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Übergänge zwischen Vollzeit- und Teilzeitphasen zu erleichtern, wollen wir einen Anspruch auf Befristung der Teilzeit einführen, um eine Rückkehr zur ursprünglichen Arbeitszeit zu ermöglichen. Dieses Vorhaben ist auch im Koalitionsvertrag verankert. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, den die SPD-Bundestagsfraktion tatkräftig unterstützt. Wir gehen davon aus, dass wir die parlamentarische Beratung mit CDU/CSU zügig auf den Weg bringen können.

### **Maß und Mitte bei Managergehältern und Boni wiederherstellen**

Viele in unserem Land empfinden es zurecht als unanständig, wenn ein Manager das

Hundertfache eines Facharbeiters verdient und üppige Pensionen einstreicht, während im Unternehmen gleichzeitig Jobs gestrichen werden. Wir finden: Löhne und Gehälter müssen gerecht und nachvollziehbar sein. Personalabbau und Missmanagement sind keine Leistungen, die mit einem Bonus honoriert werden dürfen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die steuerliche Absetzbarkeit von Bonuszahlungen auf max. 500.000 € pro Jahr zu begrenzen. Versorgungsleistungen sollen dem Beschluss zufolge künftig über die gesetzlichen Rentenversicherungsbeiträge hinaus nicht weiter steuerlich abzugsfähig sein. Außerdem wollen wir Möglichkeiten der Rückforderung von Boni bei regelwidrigem Verhalten.

#### **Initiative für Steuergerechtigkeit – gegen Steuerbetrug, -vermeidung und -dumping**

Ehrliche Arbeit muss sich lohnen. Doch während Löhne mit dem persönlichen Einkommensteuersatz von bis zu 42 Prozent belegt werden, werden auf Spekulationsgewinne und Dividenden pauschal nur 25 Prozent fällig. Deshalb fordern wir, die Abgeltungsteuer abzuschaffen. Das steuerliche Bankgeheimnis soll abgeschafft und eine Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle eingeführt werden. Innerhalb Deutschlands darf es keine Steueroasen geben. Alle Bundesländer sollen ihre Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell vernünftig aufstellen können. Diese und weitere Beschlüsse unserer Jahresauftaktklausur findet Ihr [hier](#).

#### **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Lohnlücke schließen!**



Noch immer verdienen Frauen durchschnittlich 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Dieser Verdienstabstand ist ein Indiz andauernder gesellschaftlicher Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben – im europäischen Vergleich gehört Deutschland damit zu den Schlusslichtern. Die SPD kämpft weiter für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Viele Frauen wissen nicht, dass sie schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen, oder sie können dies nicht nachweisen. Deshalb ist eine größere Transparenz über die Lohnstruktur in Unternehmen ein entscheidender Hebel für mehr Lohngerechtigkeit.

In der vergangenen Woche hat das Bundeskabinett nun den von Frauenministerin Manuela Schwesig vorgelegten „Gesetzesentwurf zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen“ beschlossen.

Kern ist die Einführung eines individuellen Auskunftsanspruches: Arbeitgeber mit mehr als 200 Beschäftigten müssen ihren Beschäftigten künftig auf Anfrage erläutern, nach welchen Kriterien sie bezahlt werden.

Darüber hinaus sollen Unternehmen ab 500 Mitarbeitern geregelte betriebliche Verfahren zur Überprüfung und Herstellung zur Lohngleichheit einführen.

Mit dem Lohngleichheitsgesetz werden Beschäftigte in die Lage versetzt, ihr Gehalt zu überprüfen und sich effektiv gegen Ungleichbehandlung zu wehren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – dafür hat die SPD lange gekämpft und das wird nun endlich festgeschrieben.

Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, der Frauenquote in Aufsichtsräten und der Einführung des Mindestlohns, von dem mehrheitlich Frauen in niedrig entlohten Dienstleistungsbereichen profitieren, hat die SPD bereits zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um der Lohnlücke zwischen Mann und Frau entgegenzuwirken.

Das Gesetz zur Lohngleichheit ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg in die richtige Richtung. Insgesamt werden 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von dem Gesetz profitieren.

## Entwicklung ländlicher Räume stärken



In dieser Woche wurde der zweite Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume im Parlament beraten. Der Bericht gibt eine umfassende Darstellung der Situation und Entwicklung ländlicher Räume sowie der bundespolitischen Maßnahmen.

Ländliche Räume wie bei uns in Nordhessen sind Regionen mit Zukunft. Wir alle wollen auch noch in vielen Jahren hier leben, arbeiten und unseren Lebensstandard behalten oder gar verbessern. Auch unsere Kinder und Enkel sollen weiterhin eine gute Bildung genießen können. Um dies zu wahren und nicht von den Ballungsgebieten abgehängt zu werden, möchten wir uns auch weiterhin zusammen mit den Bürgern unserer Region für den Erhalt und die Verbesserung unserer Lebensverhältnisse einsetzen. Nordhessen ist und muss auch weiterhin eine lebenswerte Region bleiben!

Doch nicht nur wir leben in einer ländlich strukturierten Region, rund 90 Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland können als ländlicher Raum angesehen werden. Hier lebt etwa die Hälfte aller Menschen.

Allerdings geht die strukturelle Entwicklung nicht überall in die gleiche Richtung. Während einige Regionen boomen, kämpfen andere mit dem Wegbrechen traditioneller Wirtschaftszweige und Abwanderung. Wir alle möchten, dass unsere nordhessischen Wirtschaftsstrukturen weiterhin wachsen und unsere attraktive Kulturlandschaft eine gute Alternative zu anderen Regionen bildet. Dafür müssen wir kontinuierlich weiterarbeiten.

Der Bericht der Bundesregierung enthält neben einem Ausblick auch Informationen zu Förderprogrammen und Vorhaben. Dazu gehören das Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ (BULE) und die Weiterentwicklung der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Wir Sozialdemokraten haben in den vergangenen Jahren für eine deutliche Mittelaufstockung der Programme gesorgt, was die Entwicklung Nordhessens weiter belebt.

Nordhessen kann also auch in Zukunft auf die Solidarität bundesstaatlicher Unterstützung vertrauen. Dafür steht die SPD. Infrastrukturen und kleine nichtlandwirtschaftliche Unternehmen können im Rahmen der ländlichen Entwicklung gefördert werden. Damit wird zum Beispiel die Grundversorgung bei uns gestärkt, da Investitionen in Mehrfunktionshäuser und in Kleinunternehmen unterstützt werden.

Den vollständigen Bericht findet Ihr [hier](#).

## **NPD ist zwar verfassungsfeindlich – für ein Verbot aber zu bedeutungslos**



Die NPD ist verfassungsfeindlich, für ein Verbot aber zu bedeutungslos: Mit diesem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht den Verbotsantrag der Bundesländer als unbegründet abgewiesen.

In einem Punkt ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes unmissverständlich – über die Verfassungsfeindlichkeit der NPD besteht kein Zweifel. Die rechtsextreme Partei vertritt ein auf der Beseitigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept, das die Menschenwürde missachtet und mit dem Demokratieprinzip unvereinbar ist.

Dass es dennoch für ein Verbot dieser menschenfeindlichen und antidemokratischen Partei nicht gereicht hat, ist sehr bedauerlich. Die SPD hat viele Jahre für ein Verbot der NPD gekämpft und den Verbotsantrag der Bundesländer mit Nachdruck unterstützt.

Trotz der Enttäuschung nehmen wir das Urteil mit größtem Respekt zur Kenntnis.

Mit den wegweisenden Grundsätzen, die der Senat für ein Verbot von Parteien in unserer

heutigen gefestigten Demokratie aufgestellt hat, ist der Richtspruch schließlich von grundsätzlicher Bedeutung. Endlich herrscht nun wieder Klarheit über die Möglichkeiten und Grenzen von Parteienverboten, die das höchstrichterliche Urteil nicht prinzipiell ausschließt.

Damit dient es zugleich als Handlungsempfehlung, was unsere Demokratie an extremistischen Auswüchsen einerseits erdulden muss – und wo andererseits jene Grenze liegt, die mit Blick auf unsere Verfassung und der darin enthaltenen Grundprinzipien nicht überschritten werden darf.

Uns allen sollte das Urteil Auftrag und Ansporn sein, unsere Demokratie, unsere Werte und unsere Grundrechte umso entschlossener zu verteidigen. Wir alle sind gefordert, mit Worten und Taten gegenzuhalten: Das moderne, aufgeklärte, weltoffene Deutschland überlässt den Rechten keinen Spalt.

Klare Haltung gegen rechte Hetze zu zeigen, ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Für die Politik, für die Sicherheitsbehörden und für die Zivilgesellschaft. Als älteste demokratische Partei in Deutschland wird die SPD hier weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen.

## Rechtspopulisten fordern Demokratie heraus – Björn Höcke: Die hässliche Fratze der AfD



Im Internet haben wir uns die Rede angesehen, die Björn Höcke von der AfD in dieser Woche in Dresden gehalten hat – und dabei ist es uns kalt den Rücken runtergelaufen.

Ja, die AfD lebt von der Provokation. Empörung über die Entgleisungen ihrer Politiker beschert den Rechtspopulisten eine mediale Aufmerksamkeit, die man ihnen als Demokrat nicht gönnen kann. Wir sollten deshalb nicht über jedes Stöckchen springen, das uns die AfD hinhält.

Aber hier geht es nicht um irgendeine Provokation. Hier geht es um unser Selbstverständnis als Deutsche. Es geht um die Frage, wie wir mit unserer Geschichte umgehen. Höcke, verbeamteter Geschichtslehrer in Hessen, formuliert mit völkischer Ideologie, er überhöht die deutsche Bevölkerung gegenüber anderen Menschen, spricht gleichzeitig vom absoluten Sieg und verwendet Sprachbilder, die gewollte Assoziationen zum Nationalsozialismus wecken sollen.



Wenn es nach Höckes Rede über den „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp“ und seine Rassentheorien noch eines Nachweises benötigte, dass er seine Pflicht nach dem Beamtenstatusgesetz, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und für sie einzutreten, schuldhaft verletzt hat, dann hat Höcke diesen Nachweis diese Woche in Dresden erbracht.

Niemand, der rhetorisch und inhaltlich die NS-Zeit verherrlicht, darf Lehrer sein und Kinder unterrichten. Deshalb haben sich fraktionsübergreifend zahlreiche Bundestagsabgeordnete mit einem Brief an den hessischen Kultusminister Prof. Dr. Lorz gewandt und ihn aufgefordert, ein Disziplinarverfahren gegen Björn Höcke einzuleiten.

Dieser Forderung haben auch wir uns angeschlossen. Es gilt, alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, um Höcke aus dem Beamtenstatus zu entlassen.

### **Gedenkstunde für die Opfer des Berliner Anschlags am Breitscheidplatz**



Zu Beginn der Plenardebatte am Donnerstag gedachte der Deutsche Bundestag der Opfer des islamistisch motivierten Anschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016. Bundestagspräsident Lammert mahnte eine sachliche Debatte über Sicherheit an. In seiner Ansprache forderte er, angesichts der folgenschweren Versäumnisse der Sicherheitsbehörden, eine Überarbeitung der deutschen Sicherheitsarchitektur. Die Terrorgefahr erhöht das Bedürfnis nach Sicherheit. Niemand kann eine Garantie geben, dass Terror uns nicht erreiche, aber die Sicherheitsbehörden können diese Gefahr spürbar einschränken. "Freiheit braucht Sicherheit, wenn sie verlässlich sein soll. Sicherheit braucht Freiheit, wenn sie nicht zur Repression verkommen soll", sagte Lammert, verwies auf die Entwicklungen in der Türkei und Syrien und stellte fest, dass autoritäre Regime nachweislich nicht sicherer seien. Deshalb sollten Sicherheit und Freiheit nicht gegeneinander ausgespielt werden. Er rief dazu auf, nicht ganze Bevölkerungsgruppen auf Grund der Verfehlungen einzelner daraus, vorzuverurteilen. Gleichwohl braucht es eine Debatte über Gewalt innerhalb der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland.



Wir brauchen eine noch härtere Gangart gegenüber sogenannten Gefährdern. Ausreisepflichtige Gefährder müssen schnellstmöglich abgeschoben werden und gehören bis dahin in Gewahrsam. Deshalb erleichtern wir die Abschiebehaft für Gefährder: Sie soll künftig bereits dann möglich sein, wenn von der Person eine erhebliche terroristische Gefahr ausgeht. Zudem schaffen wir die gesetzlichen Grundlagen, um nicht-ausreisepflichtige Gefährder wirksamer zu überwachen, etwa durch den Einsatz von elektronischen Fußfesseln. Auch eine Ausweitung der Videoüberwachung an öffentlichen Orten wie Fußballstadien und Einkaufszentren und die Verstärkung der Überwachung mit Kameras von besonders gefährdeten öffentlichen Plätzen wird diskutiert.

Gleichzeitig wollen wir die Herkunftsländer abgelehnter Asylbewerber im Rahmen von Rücknahmeabkommen stärker in die Pflicht nehmen. Länder, die kooperieren, sollten wir künftig mehr als bisher unterstützen. Wer sich dagegen einer Zusammenarbeit verweigert, der muss mit wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen rechnen. Vor allem aber brauchen wir eine Kombination aus vorbeugenden Maßnahmen, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Stärkung von Polizei, Nachrichtendiensten und Justiz und konsequenter Ahndung von Gesetzesverstößen. Hier unterscheidet sich unser Konzept fundamental von dem der Union. Während sich CDU und CSU ausschließlich auf Gesetzesverschärfungen konzentrieren, haben wir eine fachübergreifende Arbeits-

gruppe „Öffentliche Sicherheit und Prävention“ eingesetzt, um Gesetzesverschärfungen mit gezielten Präventionsmaßnahmen zu flankieren. Erst im konzertierten Zusammenspiel von Prävention, Stärkung des inneren Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz kann ein höheres Maß an Sicherheit in unserem Land entstehen. Besonders wichtig ist es, Radikalisierungen präventiv im Vorfeld zu verhindern. Salafistische, radikal-islamistische Moscheen müssen geschlossen und Hassprediger konsequent ausgewiesen werden. Genauso wichtig ist, dass wir die Zusammenarbeit mit den vielen friedlichen Moscheegemeinden deutlich verstärken. Denn Tatsache ist: Viele islamistische Gefährder besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft oder werden erst in Deutschland radikalisiert.

In diesem Lichte war die Verdreifachung der Mittel im Bundesprogramm Demokratie leben in den vergangenen Jahren auf nunmehr über 100 Mio. Euro der richtige Weg. Ein Demokratiefördergesetz des Bundes, das derzeit von Bundesministerin Manuela Schwesig erarbeitet wird, soll die Strukturen und Nachhaltigkeit dieser Präventionsarbeit langfristig sichern. Mit den drei Säulen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik – mit Gesetzesverschärfungen, der besseren Ausstattung von Polizei und Sicherheitsbehörden sowie der Stärkung der Präventionsarbeit – handeln wir Sozialdemokraten angesichts der Terrorgefahr ebenso besonnen wie entschlossen.

## Förderung in der Spitze und der Breite – 13. Sportbericht der Bundesregierung



Der 13. Sportbericht der Bundesregierung fasst die wichtigsten sportpolitischen Entwicklungen von 2010 bis 2013 zusammen und zieht eine sportpolitische Bilanz der Bundesregierung in diesem Zeitraum. Der Bericht ist Grundlage für die weitere Sportentwicklung und -förderung in Deutschland. Mit dem Entschließungsantrag der Regierungsfractionen setzen wir uns dafür ein, den Reformprozess zur Neuausrichtung der Spitzensportförderung fortzusetzen und leistungsfähige Förderstrukturen im Spitzensport konsequent und zielgerichtet voranzutreiben. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, die Potentiale der Digitalisierung und Technisierung bei der Förderung des Spitzensports stärker zu nutzen. Außerdem wollen wir die Inklusion im Allgemeinen und den Leistungssport von Menschen mit Behinderung im Besonderen weiterhin intensiv fördern und dabei auch die Nachwuchsgewinnung forcieren. Im Anschluss an die bisher erreichten Verbesserungen im Bereich der „Dualen Karriere“ fordern wir die Bundesregierung zudem auf, sich für weitere Fortschritte bei der Vereinbarkeit von schulischer, akademischer, beruflicher und sportlicher Karriere einzusetzen.

## Änderung des Vereinsgesetzes – organisierter Rockerkriminalität entgegenwirken



Der Bundestag hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der ein schärferes Vereinsrecht vorsieht. Die Kennzeichen verbotener Rockergruppen dürfen von anderen Gruppierungen im Bundesgebiet nicht weiter genutzt werden.

Vereinigungen, insbesondere im Bereich der kriminellen Rockergruppierungen, können einen Deckmantel für vielfältige Formen der schweren und organisierten Kriminalität, wie zum Beispiel Menschenhandel und Drogengeschäfte, bieten. Dem soll mit dem geplanten Gesetz entgegengetreten werden, das eine Verschärfung des Vereinsgesetzes vorsieht.

Künftig sollen Kennzeichen verbotener Vereinigungen sowie solche, die mit denen eines bereits verbotenen Vereins im Zusammenhang stehen, von anderen Gruppierungen im Bundesgebiet nicht mehr genutzt werden dürfen. Gerade vor dem Hintergrund der anhaltenden, gewalttätigen Auseinandersetzungen unter den Rockerclubs ist dieses Gesetz wichtig, um den strafrechtlich relevanten Aktionen den Boden zu entziehen, auf dem sie agieren.

## Arbeitsprogramm 2017 der EU: den Zusammenhalt der Europäischen Union sichern



Die Kommission gibt sich jedes Jahr ein Arbeitsprogramm, in dem sie darlegt, welche Maßnahmen sie in den kommenden zwölf Monaten in Angriff nehmen möchte.

In einer vereinbarten Debatte diskutierten wir im Plenum das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017. Das neue Programm konzentriert sich auf die 10 politischen Prioritäten der Juncker-Kommission und enthält 21 Schlüsselinitiativen, die die Kommission im kommenden Jahr anstoßen wird.

Zentrale Themen der maltesischen Ratspräsidentschaft in den nächsten sechs Monaten werden die beginnenden Brexit-Verhandlungen, die Sicherheits- und Flüchtlingsfragen sowie das Setzen von Impulsen für Arbeitsplätze, Wachstum und Investition, insbesondere für den Jugendbereich, sein.

Mehr Informationen der EU-Kommission hierzu können [hier](#) abgerufen werden.

## Koalitionsantrag: Friedens- und Konfliktforschung stärken



Unsere Welt steht im Wandel und ist deutlich wie nie zuvor von unzähligen Krisen und Konflikten globaler Relevanz gezeichnet. Umso mehr gilt es, als Weltgemeinschaft zusammenzustehen und insbesondere der Entstehung von Konflikten vorzubeugen.

Genau damit befasst sich die Friedens- und Konfliktforschung. In Deutschland leistet sie bereits seit Jahrzehnten wichtige Beiträge zur weltweiten Konfliktprävention und Friedenssicherung. Angesichts der zunehmenden sicherheitspolitischen Herausforderungen fordern wir in unserem Antrag die Bundesregierung dazu auf, die Friedens- und Konfliktforschung gezielt zu fördern und ihre Ergebnisse durch geeignete Maßnahmen noch stärker in die Arbeit der Bundesregierung einfließen zu lassen.

Auch sollte zeitnah eine Evaluierung des Forschungsfeldes unter Einbeziehung aller relevanten deutschen Einrichtungen in Auftrag gegeben werden, um die tatsächlichen Bedarfe in diesem so wichtigen Forschungsfeld auszuloten.

## Entwicklungsperspektiven Afrikas diskutieren – Gespräch mit „Africa Department“ des IMF



Als Vorsitzender der Parlamentariergruppe für die Entwicklungsgemeinschaft Südafrikanischer Staaten (SADC) hatte ich am Mittwoch die Gelegenheit, mich im Reichstag mit Herrn Roger Nord zum Gespräch zu treffen. Dieser ist derzeit Vizedirektor der Afrika-Abteilung des Internationalen Währungsfonds (IMF) und war zuvor Berater des damaligen Geschäftsleiters Horst Köhler. Zusammen mit meinem Kollegen Charles Huber von der CDU-Fraktion sprachen wir über die Rolle Deutschlands in der Entwicklungsarbeit in Subsahara-Afrika. Roger Nord erklärte sich bereit, uns aus erster Hand über die wirtschaftliche Situation der Staaten Afrikas zu informieren, die aktuellen Herausforderungen zu benennen und einen Ausblick auf die zu erwartenden Entwicklungen zu geben. Dies ist gerade auch im Hinblick auf die G20-Präsidentschaft Deutschlands von aktueller Bedeutung. Die Afrika-Abteilung des IMF unterstützt die Entwicklungsländer Afrikas bei der Erarbeitung von Wachstumskonzepten und fördert diese durch Geldhilfen der gebenden Mitgliedstaaten. Die Zusammenarbeit ist dabei oft an Bedingungen gekoppelt, wie Korruptionsabbau und Modernisierung des Staates.

## Parlamentarischer Abend Schienenverkehr: Lärmschutz in Deutschland voranbringen



Gerade die Bürgerinnen und Bürger aus dem Mittelrheintal sprechen aus Erfahrung: Effektiver Lärmschutz ist für die Betroffenen das A und O. Aber auch aus wirtschaftlicher Sicht hat Lärmschutz eine besondere Bedeutung: Er ist für die weitere gesellschaftliche Akzeptanz des Güterverkehrsträgers Schiene zentral, denken wir alleine an die Nutzung durch die Kunden.

An dem Abend waren der Bundesverkehrsminister Dobrindt gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann, der Vorsitzende der AG Verkehr der SPD-Fraktion, Martin Burkert, sowie weitere Vertreter der DB Cargo, der VTG Aktiengesellschaft, der GD Transport Verkehr zu Gast.

Gemeinsam erörterten sie die verschiedenen Möglichkeiten zum Lärmschutz wie Langsamfahrstrecken, das Ausweichen auf LKWs oder einer weiteren Spreizung der Trassenpreise, Entwicklungen der Zukunft, Gefahren wie ein „Europa der zwei Flotten“ (laute und leise Güterwagen) und die Problematik, dass die national gefundene Lösung auch mit den EU-Vorhaben kongruieren sollte.

Positiv verkündeten alle Podiumsteilnehmer, dass davon auszugehen ist, dass das von der Koalition gesetzte Ziel, den Schienenlärm bis 2020 zu halbieren, erreicht wird. DB Cargo hat zum Jahresende die 50-Prozent-Marke an leisem Wagenbestand erreicht.

Dobrindt verwies in diesem Kontext auch nochmal auf die [3-Punkte-Strategie „Leise Schiene“ des Bundesverkehrsministeriums](#). Am Ende hielten die Podiumsteilnehmer als Ergebnis fest, dass der Kabinettsentwurf zur Minderung des Schienenlärms zwar einen vollen Erfolg darstelle, da es laute Güterzüge ab 2020 de facto auf dem deutschen Netz untersagt.

Dennoch dürfe das angesprochene deutsche "Verbot" lauter Waggons nicht einseitig ab 2020 angewendet werden, sondern müsse mit der breiteren gesamteuropäischen Lösung, die ab 2022 umgesetzt sein sollte, in Einklang gebracht werden, so der Vertreter der EU-Kommission.

Und ich füge hinzu: Ja, wir müssen den deutschen und den europäischen Zeitplan harmonisieren. Aber Europa muss schneller und nicht Deutschland langsamer werden.

Weitere Infos zum Parlamentarischen Abend Schienenverkehr können [hier](#) abgerufen werden.

### **Autonom fahrender Mini-Bus: Innovationen auf der Straße bald auch bei uns in Wiesbaden**



Diese Woche habe ich mit meinem Kollegen Sören Bartol, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und zuständig für die Bereiche Verkehr und Digitales, ein interessantes Gespräch mit drei jungen Männern eines Start Ups der R+V Versicherung Wiesbaden geführt: Ganz engagiert haben sie sich zum Ziel gesetzt, noch dieses Jahr den ersten 100% elektrisch und 100% vollautonom fahrenden Bus in einer Teststrecke entlang des Kurparks in Wiesbaden auf die Straße zu bringen. Mit dieser neuen Technologie können wertvolle Daten über das autonome Fahren gesammelt werden. Der Mini-Bus als Innovation steht auch für das Verständnis einer Mobilität der Zukunft, die langfristig immer mehr zum autonomen sowie umweltschonenden Fahren tendiert.

Trotz der Mobilität der Zukunft leben wir natürlich noch im Hier und Jetzt – daher beschäftigt sich das Start Up auch mit der Entwicklung eines „Car Passes“, der die Kilometerstände regelmäßig und kontrolliert erfassen soll, um der Fälschung von Tachoständen im Gebrauchtwarenhandel vorzubeugen.



## Netzwerkabend mit NYT-Journalistin Melissa Eddy zur Trump-Präsidentschaft



Wie in jeder Sitzungswoche habe ich auch diesen Donnerstag zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen des Netzwerks Berlin zum Themenabend geladen. Am ersten Netzwerkabend des neuen Jahres ging es tagesaktuell hoch her. Anlässlich der bevorstehenden Verurteilung Donald Trumps diskutierten wir das Thema „Trump: Weltmacht via Twitter?“ im SPD-Fraktionsvorstandssaal des Reichstagsgebäudes.

Zentral waren die Fragen nach den Erwartungen, den Hoffnungen, den Besorgnissen Europas und der Welt über den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Wird sich die Weltmacht USA mehr und mehr aus dem Weltgeschehen zurückziehen? Muss sich Deutschland trotz gemeinsamer Werte und Interessen auch auf neue Kontroversen einstellen? Wir waren sehr erfreut als besonderen Gast Melissa Eddy von der International New York Times begrüßen zu dürfen, mit der ich den Abend moderierte und die spannende Gesprächsrunde führte.

## Besuchergruppe der SPD Elz besucht Bundeshauptstadt Berlin



Letztes Wochenende besuchte die SPD Elz Berlin, um Hauptstadt und Bundespolitik kennen zu lernen. Der erste Programmpunkt war für viele ein Highlight. Am Freitagabend traf sich die Gruppe zu einem gemeinsamen Abendessen mit der SPD des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg. Der Landkreis Limburg-Weilburg pflegt seit 1962, kurz nach dem Mauerbau, eine bis heute bestehende Partnerschaft. Am Folgetag führten die Kreuzberger durch ihren Kiez. Am Sonntag besuchte die Gruppe das Reichstagsgebäude, um einem Vortrag über die Aufgaben des Parlaments beizuwohnen und die Kuppel zu besichtigen. Zum Abschluss der Reise empfing ich die Gruppe am Montagnachmittag zu einem persönlichen Gespräch im Paul-Löbe-Haus. Die Gäste aus Elz diskutierten mit mir die aktuelle Lage in Sachen Infrastruktur und innere Sicherheit, sowie den Einfluss von Lobbygruppierungen und Gewerkschaften. Ich bedanke ich mich ganz herzlich beim Ortsvereinsvorsitzenden Thomas Lang für die gute Organisation der Reise und wünsche allen Teilnehmenden ein erfolgreiches Jahr 2017.

## Pressemitteilungen

[20.1.2017 – Rabanus empfängt Besuchergruppe der SPD-Elz in Berlin](#)

[19.1.2017 – Martin Rabanus ruft zur Teilnahme am Jugendwettbewerb Otto-Wels-Preis auf](#)

[09.1.2017 – Servicetelefon zur Weiterbildung wird zum dauerhaften Angebot](#)

## Termine

[22.1.2017](#)

11:00 Uhr – Neujahrsempfang der Stadt Eltvile, Kloster Eberbach

[23.1.-27.1.2017](#)

Sitzungswoche in Berlin